Laibacher Zeitung.

Mittwoch am 6. Februar

1856.

N. 30.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto frei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inserationsgebühren für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inserate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Geetze vom 6. November 1850 für Inserationsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Jänner l. J. den zweiten Komitatskommissär Anton Sakner zum ersten Komitatskommissär für das Osner Verwaltungsgebiet allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben den Ministerialsekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht, Rudolf Kink, zum Statthaltererrath in Triest mit der Bestimmung für das Referat in Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat dem Staatsanwalt in Rovigo, Gutram Hämmele, die Uebersetzung nach Padua in gleicher Eigenschaft bewilligt, den Oberstaatsanwalts-Stellvertreter in Venedig, Johann Baptist Meraviglia, zum Staatsanwalt in Rovigo und den Staatsanwalts-Substituten, Benedikt Alvera, zum Oberstaatsanwalts-Stellvertreter in Venedig ernannt.

Der Justizminister hat die bei dem Kreisgerichte zu Trient erledigte Stelle eines Direktors der Hilfsämter dem Adjunkten der Hilfsämter des Kreisgerichts Roveredo, Stefan Lait, verliehen, und zu Adjunkten der Hilfsämter die Offiziale Anton Vinciguerra und Josef Gioseffi, Ersteren bei dem Kreisgerichte in Trient, Letzteren bei jenem zu Roveredo ernannt.

Beränderungen in der k. k. Armee.

Beförderungen:

Zu Obersten die Oberstlieutenante: Karl Ritter v. Edlinger, Kommandant des Erzherzog Maximilian d'Este 10., mit der Bestimmung als Kommandant des Freiherrn v. Augustin 3. Feld-Artillerie-Regiments; Adolph Golen v. Stark, Kommandant des Freiherr v. Smola 8., Franz Puschner, Kommandant des Küsten-Artillerie-Regiments, und Rudolph Wiltschgo, Kommandant des Ritter v. Fitz 11. Feld-Artillerie-Regiments.

Zu Oberstlieutenanten die Majore: Joseph Mayer der Artillerie-Akademie und Joseph Huttschneiter v. Glinzendorf, des Ritter v. Hauslab 4. mit der Eintheilung beim Erzherzog Maximilian d'Este 10. Feld-Artillerie-Regiment.

Zu Majoren die Hauptleute 1. Klasse: Prokop Kramer des Freiherrn v. Bernier 12. bei dem den Allerhöchsten Namen Sr. Majestät führenden 1. Feld-Artillerie-Regiment; Konrad Becker des Artillerie-Stabes; Karl Hoffmann v. Donnerberg des Artillerie-Stabes; Adolph Hoffmann des 1. den Allerhöchsten Namen Sr. Majestät führenden beim 3. Feld-Artillerie-Regiment; Johann Reischel des Freiherrn v. Sturmfik 5. beim Freiherrn v. Smola 8. Feld-Artillerie-Regiment; Leopold Hoffmann des Ritter v. Pittinger 9. beim Prinz Luitpold von Baiern 7. Feld-Artillerie-Regiment; Franz Kühnel des Freiherrn v. Sturmfik 5. beim Prinz Luitpold von Baiern 7. und Peter Krall v. Krallsberg des den Allerhöchsten Namen Sr. Majestät führenden 1. Feld-Artillerie-Regiments beim Küsten-Artillerie-Regiment.

Ernennungen:

Der Oberstlieutenant Leonhard Libert v. Paradis des den Allerhöchsten Namen Sr. Majestät führenden 1. zum Kommandanten des Erzherzog Maximilian d'Este 10. Feld-Artillerie-Regiments; die Oberstlieutenante: Franz Treudl des Prinz Luitpold von Baiern 7. und Joseph von Stegmüller des Ritter v. Hauslab 4. Feld-Artillerie-Regiments zu Kommandanten dieser beiden Regimenter.

Uebersetzungen:

Der Oberstlieutenant Friedrich Preißler Edler v. Tannenwald des Artillerie-Stabes zum Kommandanten des Artillerie-Zeugs-Verwaltungs-Distriktes in Triest,

der Oberstlieutenant Ignaz Hänsler, des Artillerie-Stabes, zum Feld-Artillerie-Regimente Ritter v. Hauslab Nr. 4;

der Major Jakob Höcker, des Küsten-Artillerie-Regiments, zum Feld-Artillerie-Regimente Freiherr v. Sturmfik Nr. 5, und

der Major Anton Czermak, des Erzherzog Maximilian d'Este 10., zum Erzherzog Wilhelm 6. Feld-Artillerie-Regimente.

Pensionirungen:

Der Oberst Franz Hölscher, Kommandant des Freiherr v. Augustin 3. Feld-Artillerie-Regiments; der Oberstlieutenant Wenzel Renner Edler v. Ritterstern, Kommandant des Artillerie-Zeugs-Verwaltungs-Distriktes zu Triest, mit Oberstien-Charakter ad honores;

der Major Peter Nigl, des Prinz Luitpold von Baiern 7. Feld-Artillerie-Regiments; der Major Adalbert Freiß, des Erzherzog Wilhelm 6., der Major Franz Henner v. Heunersfeld, des Freiherr v. Sturmfik 5. Feld-Artillerie-Regiments, mit Oberstlieutenants-Charakter ad honores;

die Majore: Georg Oebert, des Erzherzog Ludwig 2. und Wenzel Walla, des Freiherr v. Smola 8. Feld-Artillerie-Regiments; ferner der Major Friedrich Rüdft Freiherr v. Collenberg, des 2. Gendarmen-Regiments; dann

der Hauptmann Joseph Stelzig v. Stelzenfeld, des Infanterie-Regiments Graf Mazzuchelli Nr. 10, mit Majors-Charakter ad honores.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreich.

Wien, 3. Februar. Zusammentreffende Berichte aus verschiedenen Lagern der europäischen Diplomatie gewähren eine günstige Aussicht auf den Verlauf der bevorstehenden Pariser Konferenz. Die Schnelligkeit, mit welcher der Zusammentritt der Konferenz betrieben wird, ist ein Zeichen, daß bei allen Kabinetten das Bedürfnis vorwaltet, aus dem Zustand der Spannung herauszutreten. „Times“ bezeichnet den 17. d. M. als den Tag der Konferenzöffnung. Hier in Wien vernimmt man, daß der französische Gesandte Baron Bourqueney schon gegen Ende dieser Woche sich nach Paris begeben wird, um bei der Feststellung der von Frankreich bei den Konferenzen einzuhaltenden Politik mitzuwirken, und später seine Regierung bei den Konferenzen zu vertreten. Die Berufung dieses durch Mäßigung und hohe politische Begabung ausgezeichneten Staatsmannes, neben sei-

nen loyalen Beziehungen zu dem Hofe, bei dem er accreditirt ist, berechtigen zu den besten Hoffnungen auf die Intentionen des französischen Kabinetts.

Heute uns zugekommene Frankfurter Berichte vom 31. v. M. erwähnen bereits der Mittheilungen, die Oesterreich über die orientalische Frage zu machen im Begriffe ist. Indem unser dortige Korrespondent von der Spannung spricht, welche die bevorstehende Beantwortung der Frage eines Beibehaltens oder Aufgebens der bisherigen Neutralität des deutschen Bundes im Publikum erregt, bemerkt er zugleich, daß man bei einem großen Theile der Diplomatie den Beitritt des Bundes zu den österreichischen Vorlagen als einen gesicherten betrachte. Das Eintreffen des sächsischen Premiers Freiherrn v. Beust in Berlin wird mit den demnächst zu erzielenden Entschliessungen des deutschen Bundestages zur Aneignung der Friedenspräliminarien in Verbindung gesetzt. Man sprach ferner davon, daß auch Herr v. d. Pfordten die Absicht hege, zu einer Art mittelstaatlichen Konferenz nach Berlin sich zu begeben.

Eine ernste und klare Vorerrwägung sämtlicher deutscher Bundesstaaten in dieser Angelegenheit ist gewiß erforderlich, damit Deutschland in seinem eigenen wie im europäischen Interesse nicht abermals den Moment veräume, in dem es eine der Machtvertretung der deutschen Nation würdige Stellung einnehmen kann. Es versteht sich von selbst, daß dazu eine Beschlußfassung erforderlich ist, die auf den bestimmt vorliegenden Grundlagen vollständig in die europäischen Angelegenheiten eintritt, und weder die Sachen noch Prinzipien scheidet, noch aber mit Willen und Thatskraft halb in der Luft schweben bleibt. Preußen wünscht dies wohl selbst; seine Stellung zu den Friedenskonferenzen hängt mit der Entschliessung des deutschen Bundes eng zusammen. Es hat gesehen, wie sehr ihm die Wünsche Oesterreich's und Frankreich's entgegen kommen, wenn es sich darum handelt, den europäischen Rechtszuständen eine neue dauernde Basis zu geben, und dieselbe unter der als nothwendig anerkannten Mitwirkung der zweiten deutschen Großmacht festzustellen. Eine Halbheit der Stellung wird weder Preußen noch Deutschland wollen, und wenn Oesterreich jetzt mit dem bezweckten Antrage am deutschen Bunde vorgeht, so liegen die Motive dazu nicht sowohl in der dringenden Nothwendigkeit der Lage, als vielmehr in den längst kundgegebenen Intentionen des österreichischen Kabinetts, die Nationalinteressen Deutschlands — wie es sein soll und muß — an den Austrag der orientalischen Frage zu knüpfen und mit der Lösung derselben zugleich die Machtstellung Deutschlands zu fördern. (Oester. Ztg.)

— In Goisern ereignete sich am 26. d. M. der erschütternde Unglücksfall, daß der Superintendent und Pfarrer J. Th. Weyrensennig in seinem 63sten Lebensjahre am Grabe einer Frau, welcher er eben eine rührende Leichenrede hielt, ohnmächtig niedersank und seinen Geist aufgab.

— Se. Majestät der Kaiser Ferdinand haben für die Herstellung eines neuen Hochaltars der zu Allerhöchstem Patronate gehörigen Pfarrkirche Horelic 1280 fl. allergnädigst zu bewilligen geruht.

— Das Brünnner Haus H. J. und C. Sorblet hat die sämtlichen Expositionsgegenstände, welche dasselbe zur Pariser Ausstellung eingeschendet und die bekanntlich so allgemeine Anerkennung fanden, sammt dem eleganten Kasten, in welchem die Fabrikate die-

ses berühmten Spinnerei-Etablissements ausgestellt waren, der Brünner technischen Lehranstalt zum Geschenke gemacht.

— Das k. k. Finanzministerium hat das bei C. Gerold und Sohn erschienene Werk des k. k. Ministerial-Ingenieurs und Dozenten Georg Reibmann: „Theorie der Holz- und Eisen-Konstruktionen“ nicht nur zum Studium für die Kunst und Bauwesen-beamten der k. k. Bergbau-Behörden, sondern auch zum Gebrauche für die Vorlesungen an den k. k. Montan-Lehranstalten empfohlen.

Deutschland.

Aus Freiburg, 25. Jänner, wird gemeldet: Erst jetzt ist gegen Advokat Friedrich Hecker von Mannheim (gegenwärtig in Nordamerika) vom hiesigen Hofgerichte und zwar unter dem 5. Jänner ein Straferkenntniß erlassen, das wegen Hochverrath ihn schuldig erkennt, und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens und der Urtheilsvollstreckung verurtheilt. Die Entschädigungsansprüche des Verletzten sind, unter Verwerfung der Anschließung desselben, zum besonderen Austrage auf den bürgerlichen Rechtsweg verwiesen.

Schweiz.

Genf, 24. Jänner. Der Staatsrathsbeschluss vom 21. d. M., in Betreff des hochw. Herrn Bischofs Marilley lautet:

„Art. 1. Die Stände der Diözese einzuladen, sich bei einer den 7. Februar nächstkünftig zu Freiburg zu haltenden Konferenz vertreten zu lassen, um dort das von dem Herrn Pfarrer von Genf an den Staatsrath gestellte Begehren zu besprechen.“

Art. 2. Herrn Fazy, Präsidenten des Staatsrathes, zu dieser Konferenz abzuordnen, mit der Vollmacht, die Konvention vom 31. Oktober 1848 nöthigenfalls zu kündigen, wenn die Stände der Diözese die formelle Anerkennung der Bundes- und Kantonalverfassungen Seitens des Bischofs Stefan Marilley nicht für eine ausreichende Genugthuung halten sollten. Sollte diese Kündigung stattfinden, so ist sie, wie alle von der Konferenz gefassten Beschlüsse, der Ratifikation des Staatsraths unterworfen.

Art. 3. Bis auf neue Anordnung sind die Bestimmungen des Staatsrathsbeschlusses vom 17. d. M., dahin gehend, daß der Bischof Marilley nicht gehindert werde, das Genfer Territorium zu betreten, aufgehoben und der Status quo ante wieder hergestellt.

Art. 4. Der gegenwärtige Staatsrathsbeschluss wird dem Herrn Pfarrer von Genf, Generalvikar, mitgetheilt und sofort den übrigen Diözesanständen bekannt gemacht.“

Als Begründung des Art. 3 wird angeführt, daß die Ankunft Migr. Marilley's, dem den Staatsrathen Fazy, Duchosal und Fontanel gegebenen Versprechen zuwider (?), daß derselbe nicht in amtlicher Eigenschaft und mit Vermeidung jeder Manifestation nach Genf kommen solle, dennoch amtlich in der Kirche angezeigt sei, so wie daß der hochw. Bischof Marilley beabsichtigte, nächsten Sonntag, 27. Jänner, in Carouge Gottesdienst zu halten. Die „Revue de Genève“ theilt folgendes, die ganze Sache illustrirende Schreiben mit, welches der Staatsrath in Folge vorstehenden Beschlusses erhielt: „Herr Präsident und H. H. Staatsräthe! Die Unterzeichneten, Mitglieder des radikalen Wahlcomité's, bezeugen Ihnen hiermit ihre Zustimmung zu der Rücknahme des Beschlusses vom 17. Jänner 1856 die freie Bewegung (la libre circulation) des Stefan Marilley auf Genfer Gebiet betreffend.“

Frankreich.

Paris 28. Jänner. Der „Moniteur“ meldet aus dem Tuilerien-Palaste, daß der türkische Botschafter gestern dem Kaiser ein Dankschreiben überreicht habe, welches der Sultan aus Anlaß des ihm verliehenen Großkreuzes der Ehrenlegion an Se. Majestät gerichtet hat. Der Botschafter stellte sodann dem Kaiser den Brigade-General Esfer Pascha vor, der die türkische Reiterei zu Eupatoria befehligt.

Großbritannien.

London, 28. Jänner. Das zu erwartende Budget des Marineministers wird eine Vermehrung der Flottenmannschaft um 6000 Mann beantragen, die namentlich zur Bedienung der neuen Kanonenboote verwendet werden sollen und deren Gesamtkosten auf 413.000 Pfd. St. veranschlagt sind. Somit wird die ganze Besatzung der Flotte im nächsten Verwaltungsjahr aus 76.000 Köpfen (darunter 16.000 Marinesoldaten und 10.000 Schiffsjungen) bestehen.

Der Bau und die Ausrüstung der Kanonenboote werden, wie die officiösen Journale versichern, trotz der Friedensausichten, mit ungeschwächtem Eifer betrieben.

Das Andenken an Mozart ist auch in vielen Städten Englands gefeiert worden. London hatte in seinem feiner großen Musikfale eine Feier veranstaltet, dafür versammelten sich die Verehrer des unsterblichen Meisters vorgestern im Glaspalaste von Sydenham zu einem Konzerte, in welchem, leider ohne bedeutende Kräfte, bloß Mozartsche Kompositionen aufgeführt wurden. Es waren an 1200 Personen zugegen. Die Feier mußte nothgedrungen auf Sonnabend verlegt werden, da gestern, dem eigentlichen Jahrestage, als an einem Sonntage, alle öffentlichen Lokale geschlossen waren.

Spanien.

„Ein Aufstandsversuch — so berichtet das Journal des Débats“ — ist am 7. Jänner in Madrid gegen die Cortes zum Ausbruch gekommen; wir haben mitgetheilt, was die spanischen Blätter in den ersten Tagen nach dieser sträflichen Demonstration über dieselben meldeten; gegenwärtig können wir diese Meldungen aus den uns direkt zugekommenen Nachrichten und Korrespondenzen vervollständigen.

Man hatte dieses Attentat zuerst nur als minder erheblich betrachtet; die Regierung selbst stellte dessen Wichtigkeit in Abrede, weil sie entweder die einzelnen Umstände des Komplotts nicht kannte oder weil es in ihrer Absicht lag, von der Madrider Miliz die Verantwortlichkeit für das verbrecherische Verhalten abzuwälzen, dessen sich das mit der Bewachung der Nationalversammlung betraute Detachement dieser Miliz schuldig gemacht hatte. Dieses Detachement hatte die Standarte der Revolte aufgepflanzt und gewaltsam in den Raum eindringen wollen, in welchem die Beratungen der Nationalversammlung abgehalten werden. Es hat die Diener des legislativen Palastes, welche sich aus eigenem Antriebe zur Vertheidigung der Cortes anschickten, mit bewaffneter Hand angegriffen. Die Insurgenten haben die Auctorität des Präsidenten der Versammlung nicht anerkannt und ihn mißhandelt, den Marschall Espartero und mit ihm die Mehrzahl der Minister, deren Leben bedroht war, insultirt. Alles zeigte an, daß die Emeute zu den verbrecherischsten Exzessen, zur Brandlegung und Plünderung, ja zum Morde vielleicht geschritten sein würde, wenn sie nicht durch die treu gebliebenen, eiligst der Versammlung zu Hilfe geeilten Bataillone der Miliz im Zaume gehalten, besiegt und entwaffnet worden wäre.

Wir sagten, daß das Ministerium zuerst Willens war, das Attentat vom 7. Jänner zu entschuldigen; den Beweis hierfür gibt die Sprache, welche der Zivilgouverneur von Madrid Tags darauf in seiner an die Bevölkerung der Hauptstadt gerichteten Proklamation führte: „Oestern Abend — heißt es in der Proklamation — haben einige Individuen von der Miliz, welche die Wache am Kongreß hatte (die ohne Zweifel betrunken waren, da sich das schwere Attentat, dessen sie sich schuldig gemacht haben, nicht anders erklären läßt), den Tempel der Geseze verlegt und ihre Verblendung so weit getrieben, daß sie einige Schüsse in die Luft abfeuerten.“

Die Illusion des Ministeriums hat jedoch nicht lange gedauert; sie verschwand vor den ersten Ergebnissen der Untersuchung, welche gleichzeitig von Zivil- und Militärbeamten geführt wurde, und vor den Angaben der Angeklagten selbst, welche durch

zahlreiche Zeugen-Aussagen erhärtet wurden und bald ein sehr trauriges Licht auf diese Ereignisse warfen. Die Insurgenten, heißt es, waren mit der Absicht umgegangen, die Cortes durch Anwendung jedes Mittels und für den Fall des Widerstandes selbst durch Waffenanwendung zu streuen, die Republik zu proklamiren und eine rein revolutionäre Regierung auf den Ruinen der konstitutionellen Regierung der Königin Isabella einzufügen.

Das Komplott war sehr ausgedehnt und mit wilder Energie entworfen; die revoltirende Milizkompagnie sollte noch von anderen Kompagnien und selbst von ganzen Bataillonen unterstützt werden; die in die Luft gefeuerten Flintenschüsse, von denen der Zivilgouverneur in der erwähnten Proklamation gesprochen hatte, waren das Signal, welches die Verschworenen im Palaste der Legislative ändern, vor dem Segevia-Thore und in den südlichen Stadttheilen zusammengerotteten Verschworenen geben sollten; diese erwiderten das Zeichen ebenfalls mit Schüssen, welche die Angreifer im Gebäude der Legislative glauben machten, daß Alles bereit und der Moment des Handelns gekommen sei.

Mehrere schwere Inzichten liegen vor. Personen, welche der Cortessitzung auf den öffentlichen Tribünen bewohnten, hatten ihre Plätze wenige Augenblicke vor dem Ausbruch der Revolte verlassen, um sich zu den Revoltirten zu gesellen. Am Morgen waren ungemein viele Exemplare einer kleinen aufreizenden gedruckten Broschüre in Madrid verbreitet worden, welche den Titel führte: „Was der Nationalwille erheischt.“ Leute, die ihrer schlechten Präcedentien halber bekannt sind, haben Madrid schleunigst verlassen, um sich nach gewissen Provinzstädten zu begeben, die man ohne Zweifel als der revolutionären Bewegung günstig gestimmt angesehen haben mochte; Saragossa nämlich, Barcelona, Valencia, Sevilla; in mehreren Provinzen wurden Zeichen einer ganz unerwarteten Aufregung beobachtet, welche mit den Madrider Ereignissen im Einklang zu stehen schienen; in Sevilla ist es zu ersten Unordnungen und gewalthätigen Handlungen gekommen, zu denen die Arbeiter unter dem Vorwande der Theuerung und des Mangels angeregt worden waren. In der Provinz Valencia haben einige Emeuten gegen die Wiedereinführung der indirekten Steuern stattgefunden; die Nationalgarde hat dort gemeinschaftliche Sache mit den Tumultuanten gemacht. Ein seiner demokratischen Gesinnungen halber bekanntes Blatt war in den letzten Tagen des Dezembers zu einer strengen Strafe verurtheilt worden, weil es eine Reihenfolge größlicher Verleumdungen und Drohungen gegen den Marschall O'Donnell veröffentlicht hatte.

Dieses Journal hatte zu erscheinen aufgehört; am 3. Jänner erschien es jedoch wieder und kündigte an, daß seine Hauptartikel von den renommirtesten Demokraten Spaniens und Ledru-Rollin und Mazzini unterzeichnet sein würden. In der Wohnung gewisser Angeklagten und in den Kleidern, welche sie am Leibe hatten, sind Proskriptionslisten aufgefunden worden, auf denen die Namen der ehrenhaftesten Vertheidiger der Monarchie zu lesen waren. In erster Reihe figurirte daselbst der Name des Marschalls O'Donnell; nach ihm kamen die ihrer Ergebenheit für die Sache der Königin halber bekannten Deputirten und die Minister, welche sich bemühen, in Spanien wieder einige Ordnung einzuführen. Man will sogar behaupten, daß die Einen wie die Andern im Schooße der Nationalversammlung hätten niedergemacht werden sollen. Wenn alle diese Angaben richtig sind, so ist das Attentat vom 7. Jänner eines der ernstesten Ereignisse und muß der Regierung der Königin Anlaß zu Befürchtungen geben.

Die Gelegenheit war geschickt gewählt worden. Zwei Tage früher hatten die Cortes eine Petition der Bevölkerung von Saragossa berathen, welche das Ministerium beschuldigte, daß es das „Manzanores-Programm“ nicht zur Ausführung bringe, den Geist der Revolution von 1854 verkenne, die Ausgaben unnützer Weise vermehre und die indirekten Steuern wieder herstellen wolle. Die Diskussion hatte sehr bald einen revolutionären Charakter angenommen:

ein demokratischer Deputirter hatte sich so weit ver-
gessen, daß er sagte, das Volk würde, falls die Re-
gierung für die friedlichen in regelmäßiger Form aus-
gedrückten Wünsche taub bliebe, zu gewaltsameren
Mitteln seine Zuflucht nehmen. Eine immense Ma-
jorität der Versammlung hat diese Petition nach Ge-
bühr behandelt. Man wollte jedoch in der Sitzung
vom 7. neuerdings beginnen. Ein anderes demo-
kratisches Mitglied der Versammlung schlug vor: „Die
Versammlung solle erklären, sie habe die von der
Bevölkerung Saragossa's vorgelegte Auseinandersetzung
mit Vergnügen und die ihr von einem Deputirten
der Majorität beigelegte Qualifikation, daß sie auf-
rührerisch sei, mit Widerwillen angehört.“ Der Ur-
heber dieses seltsamen Vorschlages überbot noch Alles,
was in der früheren Diskussion gesagt worden war,
und drohte der Versammlung, die Rolle des Repu-
blikaners Catilina spielen zu wollen. Diesen Worten,
die wenigstens unsinnig, wenn nicht lächerlich waren,
folgte die Revolte der Milizen auf dem Fuße nach.

Es versteht sich von selbst, daß die demokratische
Partei die Verantwortlichkeit des Attentats vom 7.
Jänner jetzt von sich abwälzt; kaum glaublich aber
erscheint es, daß sie dieses thörichte und verbreche-
rische Unternehmen der gemäßigten Partei zuschreiben
wollte, deren Chef doch von den Insurgenten pro-
scribirt oder getödtet hätten werden sollen. Gegen
diese gehässige und lächerliche Anschuldigung bedarf
die gemäßigte Partei keiner Vertheidigung.

In Folge des Attentats haben in Madrid zahl-
reiche Verhaftungen stattgefunden; unter den Verhaf-
teten befinden sich höhere Offiziere der Nationalgarde.
In Madrid sind die von den Verhafteten bereits ab-
gegebenen Aussagen Gegenstand des Taggesprächs;
man sagt, daß sie schweren Verdacht auf Personen
werfen, die noch vor Kurzem bedeutende Aemter be-
gleiteten oder auch noch bekleiden und sich in letzter
Zeit durch besondere Thätigkeit in ihren Intriguen
auffällig machten. Die Angeklagten sind zuerst vor
den Disziplinar-Rath gestellt worden, der sie aus
den Reihen der Miliz strich und als unfähig erklärte,
je wieder in sie aufgenommen werden zu können.
Der Rath wies sie hierauf den kompetenten Ge-
richtern zu.

Welche Gerichte sind aber kompetent? Sollen
die Milizen, welche, während sie einen militärischen
Dienst verrichteten, sich insurgirten, sollen sie vor ge-
wöhnliche oder vor Militärgerichte gestellt werden?

Beide Jurisdiktionen haben gleichzeitig gehandelt
und nehmen die Aburtheilung des Prozesses in An-
spruch; dieser richterliche Konflikt hat die Wichtigkeit
einer politischen Debatte angenommen. Im Minister-
rathe hat Marschall O'Donnell für die Kompetenz
der Militärgerichte gesprochen; Herr Huelves, ehema-
liger Minister des Innern, verfocht die Kompetenz
der Zivilgerichte. Die Schwierigkeit mußte vor das
oberste Justiztribunal gebracht werden, das in letzter
Instanz über solche Fragen entscheidet. Dieses Tri-
bunal hat sich zu Gunsten der gewöhnlichen Gerichts-
höfe ausgesprochen. Die Urheber des Attentats müs-
sen ohne Zweifel bestraft werden; die Sicherheit der
Regierung und die Aufrechterhaltung der Ordnung er-
heischen dies als nothwendig; nicht weniger wichtig
erscheint es aber, daß die Angeklagten in ihren Rich-
tern Garantien der Unabhängigkeit und Unparteilich-
keit finden, weil sie Privilegien haben, die nie ver-
kannt werden dürfen und namentlich dann nicht,
wenn sie sich gegen eine schwere politische Anklage
vertheidigen sollen, die nothwendig die Leidenschaften
aller Parteien in Aufregung bringen wird.“

Dänemark.

Ueber die Eröffnungsitzung der Sundzoll-Kon-
ferenzen wird der „Nord. Zeitung“ folgendes Nähere
mitgetheilt:

Die Konferenzen, zu denen auf die an sie er-
gangene Einladung außer den Vertretern Preußens,
Oesterreichs, Englands, Frankreichs, Rußlands, Schwe-
dens, noch die Bevollmächtigten von 6 andern Staa-
ten erschienen waren, wurden am 4. Jänner durch
den dänischen Premierminister v. Scheel eröffnet, der
sich aber begnügte, der Versammlung anzuzeigen, daß

der Geheimrath Bluhme zum dänischen Bevollmäch-
tigten ernannt sei. Geheimrath Bluhme legte hier-
auf den bereits bekannten Plan der Kapitalisation
des Sundzolls vor und hielt zur Unterstützung des-
selben eine Rede, in welcher er die Bereitwilligkeit
Dänemarks hervorhob, im Interesse des Handels
und der Schifffahrt alle Zugeständnisse zu machen,
die billiger Weise zu erwarten seien. Da er die Hoff-
nung aussprach, daß die übrigen beteiligten Staa-
ten Dänemark in diesem Bestreben entgegenkommen
würden, so erbat sich der russische außerordentliche
Kommissär, Herr von Tengoborski, bekannt durch
mehrere geschätzte statistische Werke, das Wort, um
zu bemerken, daß Rußland nichts so sehr wünsche,
als Dänemark in seinen Bestrebungen zur Regelung
der Sundzoll-Angelegenheiten entgegen zu kommen
und daß sein Kabinet sich gegen die Aufhebung der
Sundzölle erklärt habe, wie dieß schon früher die
beiden Mecklenburg und die freie Hansestadt Hamburg
gethan. Der außerordentliche Kommissär Schwedens,
Baron Lagerheim, beantwortete die Eröffnungsrede
des dänischen Bevollmächtigten, hielt sich jedoch bloß
in Allgemeinheiten, ohne eine Billigung oder Miß-
billigung des dänischen Planes auszusprechen. Ver-
schiedene Bevollmächtigte machten darauf aufmerksam,
daß man, ehe man auf eine Beurtheilung der dän-
schen Anträge eingehen könne, vor Allem im Besitze
einer genauen Uebersicht über die Einnahme aus den
Sundzöllen vom Jahre 1840 bis zum Jahre 1847
sein müsse und da G. R. Bluhme gestand, daß er
weder bereit sei, eine solche Uebersicht noch die übrigen
gewünschten Dokumente vorzulegen, so wurde beschlossen,
die Konferenzen bis zum Ende des Monats zu ver-
tagen, um ihn in den Stand zu setzen, das Erfor-
derliche beizubringen. Nach der Aufnahme des Pro-
tolls, wobei sich noch einige formelle Schwierigkei-
ten ergaben, ging die Versammlung auseinander.

Donaufürstenthümer.

B u k a r e s t, 22. Jänner. Im vorigen Jahre
wurde mitgetheilt, daß die fürstliche Regierung, dem
Ansinnen der k. k. Regierung entgegenkommend, die
entsprechenden Unterstützungen zu einer geodätischen
Vermessung und Triangulirung der Walachei zu lei-
sten sich bereitwillig erklärt habe. Diese Vermessun-
gen sind, Dank dem Eifer der hierbei verwendeten k.
k. Offiziere, schon so weit gediehen, daß nun die Wap-
pirung des Fürstenthums vorgenommen werden konnte.
Wie man hört, ist die hiesige Regierung in die dieß-
falls gestellten Bedingungen, die Hälfte der auflau-
fenden Kosten zu tragen, eingegangen und es soll an
die Durchführung dieser Wappirung so kräftig Hand
angelegt werden, daß dieselben binnen Jahresfrist
ihrem Ende zugeführt sein muß. Die Wappeurs
werden aus den bezüglichen Korps der Armee in der
nothwendigen Anzahl beigelegt und beim Beginn des
Frühjahrs sofort das dankbare Unternehmen (dank-
bar für die Wissenschaft, denn die mit der Ausnahme
beschäftigten Offiziere werden Manches in den ent-
fernten Gegenden der Walachei erleben, was sie zu
diesem Gefühl nicht bestimmen dürfte) begonnen
werden. Eine trigonometrische Vermessung der Wa-
lachei bestand bis zur Stunde nicht. Die Moldau
wurde schon unter Kaiser Josefs Zeiten aufgenom-
men, und diese Aufnahme gilt noch heute als die
richtige.

Rußland.

Eine vom 20. d. M. datirte Korrespondenz des
„Ve Nord“ aus St. Petersburg beleuchtet die
gegenseitige Stellung der kriegsführenden Mächte und
sagt unter Anderem:

„. . . Die Situation war eine sehr ernste ge-
worden; Rußland war in Folge politischer Transak-
tionen zum Defensivkrieg genöthigt, also zum nach-
theiligsten Systeme der Kriegsführung, weil es keine
Verfolgung der errungenen Vortheile gestattet. Eine
Küste von unermeßlicher Ausdehnung war den An-
griffen des Feindes bloßgestellt und erheischte bedeu-
tende Armeekorps zu ihrer Vertheidigung. Die Fort-
führung des Krieges stellt für Rußland keine Vor-
theile in Aussicht, während eine von Erfolg begleitete
Unternehmung des Feindes drohend werden konnte.“

Für Kriegschancen kann Niemand einsehen, Rußland
aber konnte in keinem Falle etwas gewinnen, wohl
aber verlieren.

Namentlich war es die politische Situation, die
sich nachtheilig für Rußland herausstellte, welches al-
lein im Kampfe stand. Die Nothwendigkeit großer
Opfer stand gegen unbedeutende Erfolge in Aussicht
. . . Der Moment großer Entschlüsse, der Beseiti-
gung minder gewichtiger Bedenken war gekommen,
und darum reichte Rußland den Gegnern die Hand,
als sie es am wenigsten vermutheten. Zu einem sol-
chen Entschlusse bedarf es mehr Seelengröße, als zu
vielfährigem Kampfe. Rußland legt kein Gewicht
auf einige Quadratmeilen Landes mehr oder weniger;
sie dürfen kein Hinderniß für den Frieden sein, wenn
ihr Abtreten im Namen der Ruhe Europa's und als
das Unterpfand der Aufrichtigkeit verlangt wird, an
deren laut ausgesprochener Anerkennung Rußland ge-
legen ist.“

Telegraphische Depeschen.

* P a r i s, 4. Februar. Der gestrige „Moni-
teur“ berichtet: Oestern fand in der Kapelle der
Tuilleries die Vermählung der Prinzessin Auguste
mit dem Fürsten Gabrielli Statt. Beide kaiserliche
Majestäten der Kaiser und die Kaiserin wohnten der
Trauungszeremonie bei.

* G e n u a, 2. Februar. Die Nachrichten über
den Gesundheitszustand der Königin Amalie in Nervi
lauten neuestens minder befriedigend. Der Abschluß
eines Telegraphenvertrages ist mit Frankreich erfolgt,
hiernach wird der Tarif bei mehr als 25 Worten je
nach zehn Worten abgestuft.

L o n d o n, 2. Februar. „Morning Post“ glaubt,
daß binnen Kurzem ein Waffenstillstand auf beschränkte
Zeit abgeschlossen werden wird. Genaue Bedingun-
gen desselben seien noch nicht festgestellt, dieselben
würden sich wahrscheinlich auf die Landoperationen
beschränken, da Kollisionen zur See unmöglich seien
und eine Fortdauer der Blokade, falls der Friede
nach Enteignung der Ostsee nicht geschlossen wäre, für
Englands Stellung als unterhandelnde Macht noth-
wendig sei und mit dem Gebrauche übereinstimmen
würde.

K o p e n h a g e n, 2. Februar, Nachmittag. Ein
königliches Reskript an den königlichen Kommissär in
Izehoe, den Newentlow'schen Antrag betreffend, ist er-
schienen, des Inhaltes: Aehnliche ordnungswidrige
Verhandlungen wären als null und nichtig anzusehen,
keinerlei darauf gestützte Anträge seien entgegenzuneh-
men und nichts von diesen Verhandlungen in der
Ständezeitung aufzunehmen.

I z e h o e, 2. Februar. Die Ständeversamm-
lung hat die Beschwerdeführung gegen den Minister
Scheel mit 40 gegen 7 und die Anklage desselben
wegen Verfassungsverletzung mit 71 gegen 6 Stim-
men angenommen.

Lokales.

L a i b a c h, am 6. Februar.

Auf den ziemlich strengen Winter mit verhält-
nißmäßig wenig Schnee aber einer Kälte von -17° R.
ist in der ersten Hälfte des Januar ein laues, reg-
nerisches Thawetter eingetreten. In der zweiten
Hälfte des Monats folgten so schöne und warme
Tage, daß in der Umgebung Laibachs und im bo-
tanischen Garten mehrere Frühlingsgewächse hervor-
kamen, die man schon seit einigen Tagen in ihren
Blüthenknospen und vollkommen entfaltenen Blumen-
kronen beobachtete, als:

Primula acaulis, (stängellose Schlüsselblume).
Galanthus nivalis, (gemeines Schneeglöckchen). Helle-
borus niger et viridis, (schwarze und grüne Nieß-
wurz). Erica carnea, (fleischfarbige Heide). Cory-
lus Avellana, (gemeine Haselnußstaude). Alnus in-
cana, (graue Erle). Salix praecox, (frühzeitige
Weide). Daphne Mezereum, (gemeiner Seidelbast).
Bellis perennis, (ausdauernde Maßliebe). Petalites
alba, (weiße Pestwurz). Hepatica nobilis, (edles Le-
berkraut). Adoxa Moschatellina, (gemeines Bisamkraut).

Der am 30. Jänner gefallene Schnee ist aber-
mals schon geschmolzen.

A. F. Schmidt